

Jürgen Zarusky
Stalin und die Deutschen

**Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte
Sondernummer**

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Stalin und die Deutschen

Neue Beiträge der Forschung

Herausgegeben
von Jürgen Zarusky

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2006 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Thomas Rein, München und Daniel von Johnson, Hamburg
Umschlagabbildung: Stalin-Denkmal kommt ins „Haus der Geschichte“
Ein 342 cm hohes und 3,2 Tonnen schweres Stalin-Denkmal kam am 19. April 2004 ins Bonner „Haus der Geschichte“. 1956, drei Jahre nach Stalins Tod, wurde das Denkmal im ehemals sudetendeutschen Rymarov (Römerstadt) errichtet. 1992 erwarb der Steinfabrikant Josef Kurz das Denkmal. Nach dem Motto „humanitäre Hilfe gegen sozialistische Kunst“ stiftete er dem Rymarover Krankenhaus Geld für medizinisches Gerät. Kurz überließ dem „Haus der Geschichte“ die Skulptur als Leihgabe. Foto: Jörg Carstensen, dpa Picture Alliance

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Druck und Bindung: R. Oldenbourg, Graph. Betriebe Druckerei GmbH,
85551 Kirchheim b. München

ISBN-13: 978-3-486-57893-5

ISBN-10: 3-486-57893-6

Inhalt

<i>Jürgen Zarusky</i> Einleitung.	7
---	----------

I. Stalin und die Deutschen

Aspekte der Beziehungsgeschichte

<i>Bert Hoppe</i> Stalin und die KPD in der Weimarer Republik	19
<i>Reinhard Müller</i> Denunziation und Terror: Herbert Wehner im Moskauer Exil	43
<i>Sergej Slutsch</i> Stalin und Hitler 1933–1941: Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml	59
<i>Pavel Polian</i> Stalin und die Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs	89
<i>Andreas Hilger</i> Deutsche Kriegsgefangene und die Erfahrung des Stalinismus	111
<i>Jochen Laufer</i> Stalins Friedensziele und die Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941–1953	131
<i>Aleksej Filitov</i> Die Note vom 10. März 1952: Eine Diskussion, die nicht endet	159
<i>Bernd Bonwetsch, Sergej Kudrjašov</i> Stalin und die II. Parteikonferenz der SED. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau, 31. März–8. April 1952, und seine Folgen (Dokumentation)	173
<i>Elke Scherstjanoi</i> Die Folgen von Stalins Tod für die DDR	207
<i>Nikita Petrov</i> Die Bewältigung der stalinistischen Vergangenheit am Beispiel der Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen	217

II. Essays

Stalin und Hitler – Probleme des Diktaturvergleichs

<i>Leonid Luks</i> Zur „Herrschaftslogik“ im Stalinismus und im Nationalsozialismus	225
<i>Gerd Koenen</i> Stalinismus als große Utopie? Eine Gedankenskizze	231
<i>Jürgen Zarusky</i> Herrschaftsstellung und Herrschaftsstil der Diktatoren	237

Dieter Pohl

Nationalsozialistische und stalinistische Massenverbrechen: Überlegungen zum wissenschaftlichen Vergleich	253
Abkürzungen	265
Autoren dieses Bandes	269
Personenregister	273

Jürgen Zarusky
Einleitung

Stalin ist im Kommen. Davon zeugt nicht zuletzt die anschwellende biographische Literatur der letzten Jahre. Sie nutzt die neuen Möglichkeiten des Quellenzugangs seit der sogenannten russischen „Archivrevolution“ Anfang der 90er Jahre – oder stützt sich zum mindesten auf Werke, die aus den neuen Quellen schöpfen – und ist bemüht, die Entwicklung von Stalins Persönlichkeit und die Geschichte seiner Tyrannei immer differenzierter und detaillierter darzustellen.¹ Doch während die deutschen und angelsächsischen Autoren einen „entfesselten Revolutionär“, einen „roten Zaren“, einen „machtbesessenen Diktator“ und „Despoten“ porträtieren, tauchen auf dem russischen Büchermarkt Titel auf, die den „vožd“ („Führer“) in einem davon ganz verschiedenen Licht zu zeigen bemüht sind. Der Historiker Jurij Žukov etwa meint, einen „anderen Stalin“ zu kennen, einen, der Mitte der 30er Jahre die Sowjetunion habe demokratisieren, die Wirtschaft von Dilettanten befreien und dem Land ruhige Zeiten bescheren wollen, in denen sich die innere und äußere Politik nur an nationalen Interessen orientieren sollte.² Andere, wie etwa Jurij Emelʹjanov, nehmen Stalin eher wie er war und finden ihn ganz gut so. Angesichts vieler von der Perestrojka und dem Rußland Jelzins enttäuschter Hoffnungen, einer schwierigen sozioökonomischen Lage, des vielfach noch unverarbeiteten Zerfalls der Sowjetunion und des Verlusts des Weltmachtstatus gedeiht eine eigentümliche Nostalgie. Sie bringt so merkwürdige Blüten hervor, wie das Argument Emelʹjanovs, die Anklage hoher Parteifunktionäre in den Schauprozessen von 1936–1938 als Helfershelfer der Restauration des Kapitalismus, der Zerstückelung der UdSSR und des Zurückweichens vor dem Imperialismus erscheine nicht unglaublich angesichts der Tatsache, daß sich ja in der Perestrojka hohe Parteifunktionäre eben dieser Vergehen schuldig gemacht hätten.³

Man darf indes solche apologetischen Tendenzen nicht verabsolutieren. In vielen Bereichen schreitet die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Stalin-Ära in Rußland voran und hat zum Teil imponierende Fortschritte zu verzeichnen, so etwa in jüngster Zeit eine siebenbändige Quellen-Edition zur Geschichte des stalinistischen GULag.⁴ Doch die teuren Dokumentenbände sind nur in spezialisierten Buchläden zu finden, und ihre Auf-

¹ Heinz-Dietrich Löwe, Stalin. Der entfesselte Revolutionär. 2 Bände, Göttingen 2002. Yoram Gorlizki/Oleg Chlevnjuk, Cold Peace. Stalin and the Soviet Ruling Circle, 1945–1953, Oxford 2004. Robert Service, Stalin. A Biography, London 2004. Donald Rayfield, Stalin und seine Henker, München 2004. Klaus Kellmann, Stalin. Eine Biographie, Darmstadt 2005. Simon Sebag Montefiore, Stalin. Am Hof des roten Zaren, Frankfurt a. M. 2005. Sarah Davies/James Harris (Hrsg.), Stalin. A New History, Cambridge 2005. In systemvergleichender Perspektive: Richard Overy, Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland, München 2005.

² Jurij Žukov, Inoj Stalin. Političeskie reformy v SSSR v 1933–1937 gg., Moskau 2003.

³ Jurij V. Emelʹjanov, Stalin. Na veršine vlasti, Moskau 2002, S. 523. Der erste Band der zweibändigen Stalin-Biographie trägt den Titel: Stalin. Putʹ k vlasti, Moskau 2002.

⁴ Ju. N. Afanasʹev u. a. (Hrsg.), Istorija stalinskogo Gulaga. Konec 1920-ch – pervaja polovina 1950-ch godov. 7 Bände, Moskau 2004/2005. Das Projekt wurde vom russischen Kulturministerium, der Föderalen Archivagentur, dem Russischen Hauptstaatsarchiv und der amerikanischen Hoover Institution on War, Revolution and Peace getragen.

lage beträgt gerade mal 1200 Stück, während die erwähnten Werke Žukovs und Emel'janovs 10 000fach auf den Büchermarkt geworfen wurden und man sie dort auch nicht lange zu suchen braucht. Die äußerst aufschlußreiche, zuerst in deutscher Sprache veröffentlichte Studie von Alexander Vatlin über die Umsetzung des Großen Terrors im Moskauer Vorort Kuncovo, wo Stalin eine Datscha hatte, kommt hingegen in der russischen Ausgabe beispielsweise nur auf eine Auflage von 700.⁵

Diese Zahlen sind durchaus symptomatisch. Die russische Gesellschaft ist in ihrer Mehrheit der Enthüllungen über die Verbrechen des Stalinismus und der Bemühungen um ein realistischeres Geschichtsbild müde. „In der Russischen Föderation verstärkt sich angesichts von Korruption, organisierter Kriminalität, Drogensucht, Gesundheits- und Bildungskrise der Ruf nach dem ‚harten Gesetz‘ und der ‚starken Hand‘, und die Nostalgie nach der guten alten Sowjetzeit mit staatlich garantierter Ruhe und Ordnung, mit gesichertem Anspruch auf Arbeit, Wohnraum und medizinische Versorgung nimmt merklich zu. Als Personifizierung des einstigen russischen Großmachtstatus und eines gesamt-nationalen Wir-Gefühls kommt Stalin in weiten (keineswegs nur altkommunistischen) Kreisen erneut zu höchsten Ehren“, konstatierte Felix Philipp Ingold Ende 2003 in der Neuen Zürcher Zeitung in einer Betrachtung über „Stalins unerschütterliches Weiterleben“.⁶ Und ein Jahr später konnte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), Gennadij Zjuganov, aus Anlaß des 125. Geburtstages Stalins befriedigt feststellen: „Es ist doch für niemanden ein Geheimnis: In den letzten Jahren wächst – vor dem Hintergrund der sich vertiefenden Krise, des Zerfalls und des Chaos – das Interesse für die Persönlichkeit Josef Stalins beständig.“⁷ Tatsächlich haben in demoskopischen Umfragen zwischen 1998 und 2003 positive Bewertungen der Rolle Stalins von 19 auf 53 Prozent zugenommen.⁸ Auf die Frage „Was für eine Rolle hat Stalin in der Geschichte Russlands gespielt – eine positive oder eine negative?“ antwortete im Februar 2006 fast die Hälfte der Befragten, 47 Prozent, „eine positive“, während nur 29 Prozent der Meinung waren, Stalins Rolle sei eine negative gewesen. Ein ebenso großer Prozentsatz glaubten

⁵ Alexander Vatlin, Tatort Kuncovo. Opfer und Täter des Stalinschen Terrors 1937/38, Berlin 2003. A. Ju. Vatlin, Terror rajonnogo masštaba: „Massovye operacii“ NKVD v kuncovskom rajone Moskovskoj oblasti 1937–1938 gg., Moskau 2004.

⁶ Felix Philipp Ingold: Er liebte und hasste, ass und trank. Erschütternd: Stalins unerschütterliches Weiterleben, Neue Zürcher Zeitung vom 15. 12. 2003. Ein Musterbeispiel für die von Ingold beschriebene Haltung liefert der Auftaktvortrag eines „Runden Tisches“ des Instituts für Russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften aus Anlaß des 50. Jahrestages von Stalins Tod. Der Referent, Aleksandr Spartakovič Senjavskij, hebt darin die Verdienste des Diktators um die Industrialisierung der Sowjetunion, den Sieg gegen Hitler-Deutschland und den Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht hervor. Die katastrophalen Verluste, die der Stalinismus dem Land zugefügt hat, spart er aus, die Hungersnot von 1932/33 erwähnt er gerade einmal mit buchstäblich einem Wort, der stalinistische Terror wird u.a. durch abwegige historische Analogien relativiert und mit der zynischen Behauptung für irrelevant erklärt, Politik und staatliche Macht seien per se nicht mit moralischen Maßstäben zu messen; A. S. Senjavskij, Kakoe nasledstvo ostavil I. V. Stalin (itogi stalinskogo pravlenija i ich vozdejstvie na otečestvennuju istoriju vtoroj poloviny XX veka), in: RAN Institut Rossijskoj Istorii (Hrsg.), 50 let bez Stalina: nasledie stalinizma i ego vlijanie na istoriju vtoroj poloviny XX veka. Materialy „Kruglogo stola“ 4 marta 2003 g., Moskau 2005, S. 9–31.

⁷ Gennadij Zjuganov, Stroitel' deržavy. K 125-letiju so dnja roždenija I. V. Stalina, 8. 12. 2004, <http://kprf.ru/personal/zyuganov/zarticles/29118.html> [19. 10. 2005].

⁸ Lev Gudkov, Die Fesseln des Sieges, in: Osteuropa 55 (2005), H. 4–6/April–Juni 2005: Kluften der Erinnerung. Rußland und Deutschland 60 Jahre nach dem Krieg, S. 56–72, hier: S. 65.

Stalin werde heute richtig bewertet, während 38 Prozent meinten, man verunglimpfe ihn. Eine kleine Minderheit von neun Prozent sagte, Stalins Rolle werde beschönigt.⁹ Die Ergebnisse einer weiteren Erhebung zur Frage „Braucht das heutige Russland einen starken und mächtigen Führer, eine ‚starke Hand‘?“ harmonieren eindeutig mit diesem Meinungsbild: 57 Prozent der Befragten antworteten, das russische Volk brauche immer eine „starke Hand“.¹⁰

Die Sehnsucht nach dem großen Führer machte sich schon an seinem 50. Todestag, dem 5. März 2003 bemerkbar; sie manifestierte sich noch deutlicher an seinem 125. Geburtstag im Dezember 2004¹¹, als Zjuganov, wie schon fünf Jahre zuvor, einen Kranz an Stalins Grab an der Kremelmauer niederlegte¹² und der Vorsitzende der putintreuen Regierungspartei Einiges Rußland, Boris Gryslow, Stalin einen herausragenden Mann nannte, dessen „bekannte Überspitzungen in der Innenpolitik“ ihn allerdings nicht „zierten“¹³; und die Stalin-Nostalgie war deutlich spürbar, als Rußland am 9. Mai 2005 feierlich den 60. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg beging. Auf der offiziellen Ebene spielte sie keine unmittelbare Rolle. In der Festansprache Präsident Putins vor den nach Moskau eingeladenen Staats- und Regierungschefs am 9. Mai taucht der Name Stalin überhaupt nicht auf. Vielmehr wird dort die Einheit im Kampf gegen den Faschismus von den Kriegsbündnispartnern bis zum deutschen Widerstand beschworen, die auch im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus erforderlich sei.¹⁴ Doch die Ambivalenz des sowjetischen Sieges, der nicht nur Befreiung vom nationalsozialistischen Besatzungsterror und das Ende der Vernichtungslager der Shoah bedeutete, sondern auch die Sowjetisierung und Stalinisierung Ost- und Ostmitteleuropas mit den unvermeidlichen Massenverfolgungen, wurde nicht thematisiert. Den baltischen Staaten, die sich der offiziellen russischen Deutung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges unter Hinweis auf den Hitler-Stalin-Pakt und die durch ihn vorbereitete sowjetische Annexion des Baltikums widersetzten, begegnete man mit dem Vorwurf, die Tradition des NS-Kollaborationismus fortzusetzen, was vereinzelt durchaus wunde Punkte trifft.¹⁵

Der Kriegsherr Stalin ist für das offizielle Rußland indes keineswegs sakrosankt. So schreibt Boris Pjadyshev, Chefredakteur der offiziellen außenpolitischen Zeitschrift „International Affairs“, Stalin erhebliche Verantwortung für die schlechte Vorbereitung der UdSSR auf den Krieg zu. In einem Grundsatzartikel mit dem für die Sichtweise der russischen Führungselite höchst charakteristischen Titel „We Defended the Whole World, Now We Will Take Care of Ourselves“ führt er die Vernichtung des Führungsstabs der Roten

⁹ Russlandanalysen 92/06, S. 11.

¹⁰ Ebenda, S. 13.

¹¹ Tatsächlich ist Stalin allerdings nicht am 21. 12. 1879 geboren, wie es in seinen offiziellen Biographien stets hieß, sondern am 6. 12. 1878; die Falschangabe, die schon aus den 1890er Jahren datiert, diente möglicherweise dazu, dem Wehrdienst zu entgehen; vgl. Service, Stalin, S. 14.

¹² Zjuganov otmetil den´ roždenija Stalina, <http://lenta.ru/russia/1999/12/21/stalin/> [19. 10. 2005], 125-letie <http://info.rambler.ru:8100/db/news/hotshot.html?mid=5412532&d=2004-12> [20. 10. 2005].

¹³ Dreifacher Geburtstag: 125 Jahre Stalin, http://www.aktuell.ru/russland/who_is_who/dreifacher_geburtstag_125_jahre_stalin_70print.html [20. 10. 2005].

¹⁴ Prezident Rossii, Vystuplenie na prieme, posvjaščennom 60-j godovščine Velikoj Pobedy, <http://www.kremlin.ru/text/appears/2005/05/87849.shtml> [20. 10. 2005].

¹⁵ Vgl. Jürgen Zarusky, Debatten um den Hitler-Stalin-Pakt. Eine Moskauer Konferenz und ihr politisches Umfeld, in: VfZ 53 (2005), S. 331-342.

Armee im Großen Terror, den Gulag, das Fehlen einer klaren militärischen Strategie und Stalins Ignoranz gegenüber den vielen Warnungen vor einem bevorstehenden deutschen Angriff an.¹⁶ Doch auf der anderen Seite heißt es zum Hitler-Stalin-Pakt nur: „We can argue about the Soviet-German non-aggression treaty signed on August 23, 1939. I think it gave Moscow its only chance to delay a head-on clash with Hitler’s powerful war machine, and Stalin didn’t let it slip.“¹⁷ Das geheime Zusatzprotokoll über die Aufteilung Osteuropas in Interessensphären der beiden Großmächte wird weder hier noch sonst an irgendeiner Stelle in dem Artikel erwähnt. Ein derartiges Beschweigen unliebsamer, weil mit problematischen Langzeitwirkungen des Stalinismus verbundener Tatsachen ist geeignet, eine Tendenz zu fördern, die der Moskauer Soziologe Lev Gudkov beobachtet hat, nämlich, „daß im selben Maße, wie die Symbolkraft des Sieges zunimmt, auch die Autorität des Genossen Stalin (als des Obersten Befehlshabers und Führers des Volkes) wächst“.¹⁸

Anzeichen dafür gibt es zur Genüge. Eine Stellungnahme der Gesellschaft „Memorial“ vom 26. April 2005 zu den Versuchen einer politischen Rehabilitierung Stalins bilanzierte: „In letzter Zeit sind in Rußland erneut Aufrufe zu vernehmen, ‚die Verdienste Stalins anzuerkennen‘ und seinen ‚Namen in ewigem Angedenken zu ehren‘. Büsten des Generalissimus stehen bereits in Išim (Gebiet Tjumen), in Čeljabinsk und im Čeljabinsker Gebiet. In Machačkala wurde eine neue Gedenktafel aufgestellt, wo Stalin als ‚großer Führer der Völker‘ bezeichnet wird. Auch die Behörden von Volgograd, Mirnyj (Jakutien), Narym (Gebiet Tomsk), Vologda, des Gebiets Belgorod, Krasnojarsk und Kaliningrad erklärten die Absicht, zu Ehren Stalins Denkmäler, Büsten und Gedenktafeln zu errichten. (In Kaliningrad wurde schon 1999 eine Büste des ‚Führers der Völker‘ aufgestellt, dann jedoch wieder entfernt.)“¹⁹ Der Stadtsowjet der 350 000-Einwohnerstadt Orel, ein im Krieg fast zwei Jahre von deutschen Truppen besetzter Brennpunkt der Schlachten um Moskau und Kursk, tat sich mit einem besonders apodiktischen Stalin-apologetischen Beschluß hervor: „Wir Kinder und Enkel des Sieges müssen die Ehre von J. W. Stalin rehabilitieren und die Wahrheit über ihn und seine Verdienste für das Volk und die ganze Menschheit, die vor 60 Jahren vor der faschistischen Unterjochung gerettet wurde, wiederherstellen.“ Straßen und Plätze der Städte sollten wieder nach ihm benannt, Denkmäler für ihn errichtet und „Verleumdung und Fälschung unserer Geschichte“ ein Riegel vorgeschoben werden. Denn, so heißt es in dem mit großer Mehrheit im Vorfeld des Siegestages gefaßten Beschluß, „während einiger Jahrzehnte wurde die Rolle seiner Persönlichkeit von Geschichtsspekulanten im Auftrag derer, die sich an uns für unsere Siege rächen, verdreht“.²⁰ Memorial verweist demgegenüber auf Tatsachen wie die Schwächung der russischen Verteidigungsfähigkeit durch die Ermordung Tausender hoher Offiziere im Großen Terror, auf Stalins Verkennung der Angriffsabsichten Hitlers 1941 und seine unmittelbare Verantwortung für die Serie katastrophaler Niederlagen im ersten Halbjahr des Krieges. Vor allem aber unterstreicht die Organisation, daß Stalin selbst dann, wenn er einen

¹⁶ B. Piadyshev, We Defended the Whole World, Now We Will Take Care of Ourselves, in: *International Affairs*, Volume 51, Number 3, 2005, S. 18–21.

¹⁷ Ebenda, S. 30.

¹⁸ Gudkov, *Fesseln des Sieges*, S. 65.

¹⁹ Versuche einer politischen Rehabilitierung Stalins – Aufruf der Gesellschaft MEMORIAL, 26.04.2005, <http://www.memorial.de/nachr.php?nid=87>

²⁰ Dokumentiert in: *Rußlandanalysen* 62/05, S. 12 f.

schnellen Sieg über Hitler-Deutschland mit wenigen Opfern erreicht hätte, „einer der größten Verbrecher des 20. Jahrhunderts, der Initiator und Leiter eines im Ausmaß präzedenzlosen staatlichen Terrors“ bleibe.²¹

Daß Stalin der Feldherr war, unter dem in langen, blutigen Kämpfen letztlich die deutsche Aggression, „der ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt“²², abgewehrt wurde und dessen Armee maßgeblich dazu beigetragen hat, den Urheber dieses Krieges, das NS-Regime, zu zerschlagen, hat indes seiner Herrschaft und dem internationalen Kommunismus in der Nachkriegszeit einen Legitimationsschub gegeben²³ und macht ihn zu einer ambivalenteren historischen Figur, als er es ohne die Konfrontation mit Hitler gewesen wäre. Der Moskauer Bildhauer Zurab Cereteli hat mit seiner monumentalen Plastik der „Großen Drei“ – Stalin, Roosevelt und Churchill – und seinem Vorhaben, sie zum 60. Jahrestag der Konferenz von Jalta an deren historischen Ort aufzustellen, offenbar genau auf diese Ambivalenz gezielt. Auf der Krim war man von dem Projekt nicht sonderlich begeistert. Insbesondere Vertreter der Krim-Tataren, die Stalin 1943/44 in entlegene Gebiete der UdSSR hatte deportieren lassen, protestierten heftig.²⁴ Der Rat der Gemeinde Livadija, des Badeortes südlich von Jalta, in dessen Weißem Palast im Februar 1945 über die künftige Weltordnung beraten worden war, hatte Zeretelis Absicht zwar mehrheitlich begrüßt, wurde aber daran erinnert, daß Denkmäler nationaler Bedeutung nur von der ukrainischen Regierung errichtet werden dürften. Und in der Ukraine, wo die Millionen Toten der durch die Zwangskollektivierung ausgelösten Hungersnot heute einen wichtigen Platz im nationalen Gedächtnis einnehmen, genießt Stalin sehr viel weniger Sympathie als in Rußland.²⁵ Ceretelis Werk fand schließlich seinen Platz im Museum der Schlacht von Stalingrad im heutigen Volgograd, wo der Bürgermeister Evgenij Iščenko, auf Proteste von Opfern stalinistischer Verfolgung reagierend, es als Museumsexponat, nicht als Denkmal einstufte.²⁶

Rußland und die Länder der ehemaligen Sowjetunion ringen also weiter mit Stalin. Und im Zusammenhang des Jahrestages des Großen Sieges ist Hitler dabei ein immer wichtigerer Bezugspunkt geworden. Die zunehmend deutlicher zutage tretenden historischen Konfliktlinien in einem Ost- und Mitteleuropa, das nach Jahrzehnten des kommunistischen Deutungsmonopols in eine offene Auseinandersetzung über die Geschichte eingetreten ist²⁷, sind in beträchtlichem Maße – in der Kooperation wie in der militärischen Auseinandersetzung – von Hitler und Stalin gezogen worden. In vieler Hinsicht ist

²¹ Versuche einer politischen Rehabilitierung.

²² Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française. Italienischer Faschismus. Nationalsozialismus*, München 1963, S. 436.

²³ Service, Stalin, S. 487; François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996, S. 457 ff.

²⁴ „Crimean Tatars Oppose Stalin Monument In Crimea“, Meldung von Radio Free Europe/Radio Liberty vom 4. 4. 2005, <http://www.rferl.org/reports/tb-daily-report/2005/04/0-040405.asp>.

²⁵ *Stalina ne pustili v Krym. Prokuror Jalty ne ocenil tvorčestva Zuraba Cereteli*, in: *Vremja Novostej online*, N^o 72, 26. 4. 2005, <http://www.vremya.ru/print/123651.html>. Wilfried Jilge, *Holodomor und Nation. Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild*, in: *Osteuropa* 54. Jg., 12/2004, S. 147–163.

²⁶ Galina Belousova, *Für die Große Trojka hat sich ein Platz im Museum gefunden*, in: *Rußlandanalysen* 62/05, S. 13 f.

²⁷ Annette Leo (Hrsg.), *Die wiedergefundene Erinnerung. Verdrängte Geschichte in Osteuropa*, Berlin 1992. Leonid Luks, Donal O'Sullivan (Hrsg.), *Die Rückkehr der Geschichte. Osteuropa auf der Suche nach Kontinuität*, Köln u.a. 1999.

es unmöglich, vom einen zu reden und vom anderen zu schweigen. Deshalb, aber keineswegs allein deshalb, ist Stalin auch ein deutsches Problem.

Er ist es auch, weil er seit Ende der 20er Jahre die Leitfigur der internationalen kommunistischen Bewegung war, die in Deutschland einen ihrer stärksten Zweige hatte. Er hatte daher unmittelbaren Einfluß auf die deutsche Innenpolitik. Stalin war Gegenspieler – bis hin zum indirekten Waffengang in Spanien – aber auch Partner Hitlers – bei der imperialistischen Aufteilung Osteuropas 1939. Er wurde nach dem deutschen Überfall vom 22. Juni 1941 zu seinem tödlichen Feind und als Sieger im Zweiten Weltkrieg zugleich zum Begründer der Weltmacht Sowjetunion. Deren ost- und mitteleuropäisches Glacis, dem das stalinistische Staats- und Gesellschaftsmodell auferlegt wurde, schloß auch deutsches Territorium ein. Deutsche Emigranten, die in der Sowjetunion Arbeit oder Zuflucht vor politischer Verfolgung suchten, und deutsche Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte, die nach der Niederlage einem ungewissen Schicksal entgegengingen, erlebten die stalinistische Herrschaft an ihrem Ursprungsort (und bei weitem nicht alle überlebten sie). Dasselbe gilt natürlich für die deutsche Minderheit in der Sowjetunion. Die Beziehungen, Einflüsse und epochalen Ereignisse, die Stalin und sein Regime mit den Deutschen verbinden, sind so zahlreich und bedeutsam, daß die Stalinismusforschung, die seit der Öffnung der russischen Archive eine rasante Dynamik entfaltet, geradezu zwangsläufig so etwas wie einen „deutschen Zweig“ hervorgebracht hat, der indes keineswegs von deutschen Forschern monopolisiert wird. Überdies ist ähnlich, wie in der russischen Diskussion über Stalin häufig der deutsche Diktator erscheint, in der deutschen Diskussion über Hitler oft sein sowjetisches Gegenüber implizit präsent, wobei es sich allerdings nicht um eine gleichsam „spiegelbildliche“ Analogie handelt. Die Erforschung des Stalinismus sei für die deutsche Öffentlichkeit unter anderem deshalb von Bedeutung, „weil in der hiesigen Debatte über den Nationalsozialismus der Stalinismus häufig mitgedacht wird, ohne daß die Öffentlichkeit über letzteren informiert wäre“, hat Stefan Plaggenborg 1998 festgestellt.²⁸

Schon die ersten Überlegungen zu dem Kolloquium, das das Institut für Zeitgeschichte unter dem Titel „Stalin – eine Zwischenbilanz aus deutscher Sicht“ im Jahr 2003 in München durchführte, gingen daher davon aus, daß die facettenreiche Beziehungsgeschichte und die nicht unumstrittene vergleichende Perspektive gleichermaßen berücksichtigt werden sollten. Anlaß war der 50. Jahrestag des Todes Josef Stalins am 5. März 1953, der nicht allein für die Sowjetunion eine bedeutende historische Zäsur darstellt. Die Beschränkung des Tagungsprogramms auf den „deutschen Aspekt“ hängt nicht nur mit der Standortfrage zusammen, sondern ergab sich auch schlicht aus der Tatsache, daß die Geschichte Stalins und des Stalinismus, die eine große Zeitspanne und enorme geographische Räume umspannt, in einem eintägigen Symposium nicht annähernd repräsentativ behandelt werden kann, und daher Selbstbeschränkung als die wichtigste Tugend erschien. Einer nationalen Beschränktheit sollte damit indes keineswegs das Wort geredet werden, vielmehr wurde größter Wert darauf gelegt, daß sowohl deutsche als auch russische Historiker ihre Positionen und Erkenntnisse darlegen sollten, und zwar durchgängig solche Wissenschaftler, die in jüngerer Zeit mit einschlägigen Publikationen aufgetreten sind oder aber gerade entsprechende Forschungsprojekte bearbeiten. Daß selbst im Rahmen dieser Aus-

²⁸ Stefan Plaggenborg, Stalinismusforschung. Wie weiter?, in: Ders. (Hrsg.), Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, Berlin 1998, S. 443–452, hier: S. 452.

wahlkriterien angesichts begrenzter Ressourcen bei weitem keine vollständige Repräsentativität von Themen und Referenten erreicht werden konnte, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Der vorliegende Band dokumentiert die Beiträge der Tagung in überarbeiteter Form. Für die Dynamik der deutschland-bezogenen Stalinismusforschung spricht, daß er noch um zwei weitere Beiträge, diejenigen von Bernd Bonwetsch und Sergej Kudrjašov sowie von Aleksej Filitov, erweitert werden konnte. Wie das Kolloquium, so gliedert sich auch dieses Buch in zwei Teile, deren erster Aspekten der Beziehungsgeschichte gewidmet ist, während der zweite sich mit Problemen des Diktaturvergleichs befaßt. Unter dem Titel „Stalin in totalitarismustheoretischer Sicht“ wurden diese beim Symposium in einer Podiumsdiskussion debattiert. Die hier publizierten Essays basieren auf den Eingangsstatements der Teilnehmer des Podiums. Dokumentiert werden in kurzen Zusammenfassungen auch die Diskussionen zu den beziehungsgeschichtlichen Vorträgen der Tagung.

Stalins erste engere Berührung mit Deutschland ergab sich aus der führenden Stellung, die er nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch im Weltkommunismus errang, in dem die deutschen Kommunisten eine wichtige Stellung einnahmen. Die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen und der KPD in dieser Phase ist an Widersprüchen nicht gerade arm. Der Radikalisierung der Kommunisten im Zeichen von Revolutionserwartung und Sozialfaschismustheorie stand eine sowjetische Außenpolitik gegenüber, die begann, auf das Prinzip der kollektiven Sicherheit zu setzen. Der Kurs der KPD schwankte zwischen punktueller Kooperation mit den Nationalsozialisten, etwa beim Volksentscheid für die Auflösung des preußischen Landtags 1931 oder beim Berliner Verkehrstreik 1932, und blutigen Straßenkämpfen mit ihnen. Die Unübersichtlichkeit dieser Politik hat der älteren Forschung den Raum für verschiedenartigste Interpretationen und Thesen geöffnet, bis hin zu der Annahme, Stalin habe bewußt die Machtübernahme Hitlers befördern wollen. Bert Hoppe (Berlin) geht nicht nur diese alten Probleme auf der Grundlage neuer Quellen aus den ehemaligen Parteiarchiven der KPdSU und der SED sowie dem Archiv des russischen Außenministeriums an, sondern untersucht auch die Frage, wie die Abhängigkeit der deutschen KP und ihr Gleichtakt mit den sowjetischen Forderungen eigentlich ins Werk gesetzt wurde und welche spezifische politische Kultur dem zugrundelag. Er hebt dabei die generell hohe Bedeutung der KPD für Stalin Ende der 1920er Jahre hervor und analysiert dessen deutsche personale Netzwerke.

Stalins Netzwerke basierten generell auf dem Prinzip rein zweckrationaler Patronagebeziehungen, keineswegs auf dem politischer oder persönlicher Loyalität. Viele seiner Anhänger begriffen das zu spät, so etwa Heinz Neumann, zeitweilig, wie Hoppe zeigt, Stalins engster Vertrauensmann unter den deutschen Kommunisten. Als Emigrant in Moskau wurde er im April 1937 verhaftet, und am 1. November 1937 findet sich sein Name auf einer der unzähligen Listen von Personen, die für das vom Militärkollegium des Obersten Gerichts auszusprechende Todesurteil vorgesehen waren. Stalin und seine engsten Mitarbeiter, in diesem Falle Molotov, Vorošilov, Kaganovič und Ždanov, segneten das per Unterschrift ab.²⁹ Welche Rolle ein anderer damaliger prominenter deutscher Kommunist, nämlich Herbert Wehner, im Großen Terror gespielt hat, untersucht Reinhard Müller (Hamburg) in seinem Beitrag. Müllers mit Moskauer Quellenfunden begründete These,

²⁹ Vgl. Stalinskije rasstrel'nye spiski, <http://stalin.memo.ru/spiski/tomi04.htm>, Abt. V, Nr. 84.

der von Wehner 1937 verfaßte, ausführliche Bericht über die „trotzkistische Wühlarbeit in der deutschen antifaschistischen Bewegung“ sei Grundlage eines Direktivbriefs gewesen, mit dem Ežov, der Chef des NKVD, im Februar 1937 eine Verfolgungskampagne unter deutschen kommunistischen Emigranten anordnete, was Wehner später verschwiegen und vertuscht habe³⁰, hat schon seit einiger Zeit für Diskussionen gesorgt – auch auf der Tagung im IfZ.³¹

Daß die Logik des Stalinschen Großen Terrors zutiefst irrational war, ist weithin, allerdings nicht allgemein, anerkannt. Seiner Außenpolitik hingegen wird erheblich größere Rationalität zugeschrieben, und in der Tat war Stalin in dieser Beziehung von der Desperadopolitik Hitlers weit entfernt. Daß aber, gerade was die Beziehungen zum NS-Staat betraf, die Kalküle des Kreml nicht aufgingen und er Fehl kalkulationen erlag, die gravierende Konsequenzen für das eigene Land nach sich zogen, zeigt Sergej Slutsch (Moskau) in seinem Beitrag über die Stalinsche Deutschlandpolitik der Jahre 1933 bis 1941. Er beruht auf einer profunden Kenntnis der einschlägigen Quellen sowohl sowjetischer als auch deutscher Provenienz. Slutsch stellt Stalins Fehleinschätzung der Gefahr, die der Sowjetunion 1941 von Hitler drohte, in die längere Perspektive einer Außenpolitik, die sich stets um Deutschland bemüht hat, aber erst zum Zuge kam, als das NS-Regime einen Partner zur Absicherung seines Polenfeldzuges brauchte. Nach der kurzen Blüte der imperialistischen Partnerschaft setzte Stalin auf Appeasement. Das funktionierte ebensowenig wie zuvor bei den Westmächten, trug der UdSSR allerdings noch wesentlich verheerendere Folgen ein.

Die Sowjetunion wurde vom deutschen Angriff überrascht und begegnete ihm schlecht vorbereitet. Drei Millionen Kriegsgefangene fielen allein 1941 in deutsche Hand, rund 60 Prozent gingen, zumeist an Hunger, in der Gefangenschaft zugrunde. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete, zumal die jüdische, war der nationalsozialistischen Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik schutzlos ausgesetzt. Holocaust-Überlebende, heimkehrende Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge und auch alle, die sich im von Deutschland besetzten Gebiet befunden hatten, hatten die Zeche für Stalins Fehler indes gleich zweimal zu bezahlen. Denn jeder, der mit dem Feind in irgendeiner Weise zusammengeliebt hatte, sei es unter der Besatzung, als nach Deutschland deportierter Zwangsarbeiter, in Kriegsgefangenschaft oder gar im KZ oder im Ghetto, wurde nach dem Krieg mit größtem Mißtrauen behandelt und vielfältigen Diskriminierungen oder sogar Verfolgungen ausgesetzt. Pavel Polian (Freiburg/Moskau) analysiert nicht nur die entsprechende Normsetzung und Herrschaftspraxis des stalinistischen Regimes, von der Kriminalisierung der Kriegsgefangenschaft über die Deportationen ganzer als illoyal verdächtigter Volksstämme bis hin zur mörderischen Zerschlagung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, sondern veranschaulicht unter Rückgriff auf biographische Zeugnisse auch, was diese Politik für den einzelnen bedeutete.

³⁰ Jetzt ausführlich dokumentiert in Reinhard Müller, Herbert Wehner. Moskau 1937, Hamburg 2004.

³¹ Jenseits wissenschaftlicher Gebräuche, zu denen es gehört, ad rem und nicht ad personam zu argumentieren, bewegt sich allerdings der Wehner-Biograph und langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Hartmut Soell, wenn er Müller obstinat unterstellt, das Motiv seiner Forschungen über Wehner sei, „seine eigene DKP-Vergangenheit vergessen zu machen“. Vgl. Soells Rezension von Müllers Buch in: *Historische Zeitschrift* 281 (2005), S. 235–239, und Hartmut Soell, Herbert Wehner als junger Revolutionär, in: Friedemann Bedürftig, *Die Leiden des jungen Wehner. Dokumentiert in einer Brieffreundschaft in bewegter Zeit 1924–1926*, Berlin 2005, S. 141–157, hier: S. 152.

Auch unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gab es hohe Verluste. Sie waren nicht die Folge eines gezielten Vernichtungs- oder Rachefeldzuges, aber auch nicht allein auf die schweren Lebensverhältnisse in dem vom Krieg zerstörten Land zurückzuführen. Den völkerrechtlichen Normen entsprach die Kriegsgefangenschaft unter Stalin in vieler Hinsicht nicht, wie Andreas Hilger (Hamburg) erläutert. Arbeitseinsatz, Umerziehung und Verfolgung von Kriegsverbrechen waren zwar im Grundsatz legitime Ziele, die auch von den Westmächten verfolgt wurden, trugen aber in der Sowjetunion ein spezifisch stalinistisches Gepräge. So wurde etwa die Verfolgung von Kriegsverbrechern zu einem Vehikel der Langzeithaftierung Zehntausender Kriegsgefangener, deren wirkliche Schuld oder Unschuld festzustellen die politisch deformierte sowjetische Justiz völlig außerstande war. Daß die Kriegsgefangenenpolitik eine spezifisch stalinistische war, verdeutlichen die anders ausgerichteten Weichenstellungen der Nachfolger des Diktators, ohne die etwa die legendäre Mission Adenauers in Moskau 1955 nicht möglich gewesen wäre. Neben politischen Maßgaben und den grundlegenden Lebensbedingungen der Kriegsgefangenen analysiert Hilger auch deren Wahrnehmung der sowjetischen Verhältnisse, die das Sowjetunionbild speziell in der Bundesrepublik weit über Stalins Tod hinaus stark prägten.

Jochen Laufer (Potsdam), zusammen mit dem Archivmitarbeiter des russischen Außenministeriums Georgij Kynin, Bearbeiter und Herausgeber der bisher dreibändigen, in russischer und deutscher Sprache vorliegenden Edition „Die UdSSR und die deutsche Frage“³² untersucht die kontrovers diskutierten Friedensziele Stalins und die Kontinuität seiner Deutschlandpolitik. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß sich in Stalins deutschlandpolitischem Denken seit November 1941 eine kontinuierliche Favorisierung einer Aufteilung des Aggressorstaates Deutschland erkennen läßt, die bei Bedarf, insbesondere nach dem Krieg, durch Einheitserklärungen propagandistisch abgeschirmt wurde.

Einheitspropaganda oder Einheitspolitik? Vor allem im Zusammenhang mit der sogenannten Stalin-Note vom 10. März 1952 spitzte sich diese Frage zu. Ob Bundeskanzler Adenauer aufgrund eines bornierten Antibolschewismus leichtfertig eine Chance zur Wiederherstellung der deutschen Einheit vergeben hat oder ob er klug genug war, einem aufwendigen Propagandatrick, der die bundesdeutsche Westintegration behindern sollte, nicht auf den Leim zu gehen, wird seit Jahrzehnten diskutiert, allerdings erst in jüngster Zeit auch auf der Grundlage russischer Quellen. In dieser neuen Etappe einer langjährigen Diskussion³³, entwickelt Aleksej Filitov unter Verwendung bislang unbekannter russischer Quellen einen eigenen Standpunkt.

Kurz nachdem die westliche Antwortnote dem sowjetischen Versuchsballon – sollte es denn einer gewesen sein – das Gas abgelassen hatte, reiste die SED-Führung nach Moskau,

³² G. P. Kynin und J. P. Laufer (Bearbeiter), *SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii*, Band 1–3, Moskau 1996, 2000 und 2003. Dies. unter Mitarbeit von Viktor Knoll (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, Band 1–3, Berlin 2004.

³³ Vgl. dazu: Jürgen Zarusky (Hrsg.), *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002, insbesondere auch die Auswahlbibliographie S. 201–208, ferner: Wilfried Loth, *Das Ende der Legende*. Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung, in: *VfZ* 50 (2002), S. 653–664. Jochen Laufer, *Der Friedensvertrag mit Deutschland als Problem der deutschen Außenpolitik*. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 im Lichte neuer Quellen, in: *VfZ* 52 (2004), S. 99–116.

um sich von Stalin Direktiven für die bevorstehende Parteikonferenz der SED und generell für die Entwicklung ihres Staates abzuholen. Die nicht nur deutschlandpolitisch und für die Geschichte der DDR, sondern auch hinsichtlich des äußerst hierarchischen Umgangsstils, der im Umgang mit den deutschen Genossen gepflegt wurde, höchst aufschlußreichen Protokolle der beiden Begegnungen vom 1. und 7. April 1952 wurden von Bernd Bonwetsch (Bochum/Moskau) 2003 in der russischen Quellenzeitschrift „Istočnik“ veröffentlicht.³⁴ Zusammen mit Sergej Kudrjašov (Moskau) präsentiert er sie in diesem Band mit einer erheblich erweiterten Einleitung, die den Stellenwert der Besprechungen im Rahmen der grundlegenden deutschlandpolitischen Weichenstellungen des Frühjahrs 1952 eingehend erläutert.³⁵

So entscheidend Stalins Absichten für die Entwicklung der DDR waren, so war sein Tod für die Bürger des SED-Staats, wie Elke Scherstjanoi (Berlin) darlegt, doch keine so eindeutige Zäsur, wie man das annehmen möchte. Scherstjanois Beitrag entfaltet ein vielgestaltiges und in manchen Einzelheiten überraschendes Panorama der Meinungen und Einstellungen in der DDR.

Der deutsche Terminus „Vergangenheitsbewältigung“ ist als „preodolenie prošlogo“ nach dem Untergang der kommunistischen Diktatur in der Sowjetunion auch in den russischen Sprachschatz eingegangen. Die gesellschaftlichen Prozesse, die damit benannt werden, unterscheiden sich in beiden Ländern indes stark voneinander. In Rußland ist in dieser Hinsicht alles noch komplizierter. Am Beispiel der Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgung zeigt Nikita Petrov (Moskau) die Widersprüchlichkeit und Problematik bis hin zu jüngsten Entwicklungen auf. Bemerkenswert ist dabei, daß die Rehabilitierungen keinen eindeutigen Systembruch voraussetzten. Schon nach Beendigung des Großen Terrors von 1937/38, also im Rahmen der Stalinschen Diktatur, kam es in begrenztem Maße zu Rehabilitierungen, und nach dem Tod Stalins war es ausgerechnet dessen langjähriger Geheimpolizeichef Berija, der, bis er verhaftet und hingerichtet wurde, den Massenrehabilitierungen die ersten Impulse gab. In der Ära Chruschtschow wurde ein wirklich großer Schritt nach vorne gemacht, zugleich aber gab es neue Opfer politischer Verfolgung. Diese Zwiespältigkeit endete im wesentlichen erst in der Perestrojka, was aber keineswegs das Ende aller Probleme bedeutet. Die schwierigen Fragen des Umgangs mit tatsächlichen oder vermeintlichen deutschen Kriegsverbrechern erschweren die Sache ebenso wie das neuerliche Anwachsen konservativ-autoritärer Einstellungen, die mit Rückfällen in alte Geschichtsbilder und Stereotype einhergehen.

Bei weitem noch nicht bewältigt ist auch die Problematik des wissenschaftlichen Vergleichs der Führerdiktaturen. In vier Essays wird sie in der abschließenden Sektion dieses Bandes unter verschiedenen Blickwinkeln behandelt. Leonid Luks (Eichstätt) fragt, welche „Herrschaftslogik“ der unterschiedlichen Entwicklung der Regime Stalins und Hitlers zu-

³⁴ Istočnik 2003, Nr. 3, S. 100–128.

³⁵ Auf der Basis der Istočnik-Publikation haben Elke Scherstjanoi und Rolf Semmelmann 2004 eine deutsche Übersetzung der Protokolle mit eigenem Kommentar veröffentlicht: Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und April 1952 (Teil 2), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), S. 238–269. Die hier vorliegende Dokumentation ist allerdings gegenüber derjenigen in Istočnik erweitert, die Übersetzungen weichen voneinander ab und die Kommentierung und Interpretation der Quellen durch die Herausgeber der Originaldokumente unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von derjenigen von Scherstjanoi und Semmelmann.

grundelag und hebt dabei eine oft übersehene Gemeinsamkeit hervor, nämlich den ausgesprochen ambivalenten Charakter beider Systeme, der den Klischees von ideologischer Starre und monolithischen Strukturen entgegensteht und ohne den die Flexibilität und Manövrierfähigkeit der Diktaturen nicht zu erklären ist. Gerd Koenen (Frankfurt) behandelt die Rolle der Utopie, die gemeinhin als mobilisierende Vision betrachtet wird. Koenen verweist demgegenüber stärker auf die „Rückseite“ der Utopie, die recht glanzlos als Kompensation von Legitimationsdefiziten und faktischer Ohnmacht der Machthaber gegenüber nicht kontrollier- und steuerbaren gesellschaftlichen Prozessen erscheint. Jürgen Zarusky (München) untersucht Herrschaftsstellung und -stil der Diktatoren. Er befaßt sich dabei mit Reichweite und Erklärungskraft theoretischer Ansätze zum Verständnis dieses Problems und plädiert für Kombinationslösungen, bei denen das Totalitarismuskonzept im Sinne Hannah Arendts nach wie vor erhebliche Bedeutung hat. Dieter Pohl (München) schließlich legt systematische Überlegungen zum wissenschaftlichen Vergleich der Massenverbrechen beider Regime vor, die um so bedeutsamer sind, als allzu freihändige, methodisch nicht reflektierte oder von außerwissenschaftlichen Interessen geleitete Vergleiche auf diesem Feld nicht nur der Bildung von Legenden Vorschub leisten sondern auch den selbstverständlichen Respekt vor den Opfern nicht gewährleisten können.

Bei dem nie vollständig zu lösenden Problem der deutschen Schreibweise russischer Namen, Begriffe und Literaturangaben hat sich der Herausgeber dafür entschieden, in der Regel die wissenschaftliche Transliteration zu verwenden. Ausnahmen werden im Sinne der besseren Lesbarkeit gemacht, wenn sich eine Schreibweise bereits eingebürgert hat und die Transliteration irritierend erscheinen würde, also Jelzin statt El'cin und Trotzki statt Trockij. Die Beiträge von Sergej Slutsch, Pavel Polian, Aleksej Filitov und Nikita Petrov wurden vom Herausgeber aus dem Russischen übertragen.

Der Dank des Herausgebers gilt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die die Stalin-Tagung 2003 finanziell gefördert hat, den vielen Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen im Institut für Zeitgeschichte, ohne deren Hilfe sie nicht hätte durchgeführt werden können, er richtet sich ferner an Helmut Altrichter (Erlangen) und Bianca Pietrov-Ennker (Konstanz) für die Moderation der Schlußsektion und der Podiumsdiskussion sowie an Anne Munding für die Aufzeichnung des Verlaufs der Tagung.

Bert Hoppe

Stalin und die KPD in der Weimarer Republik

Wer sich heute mit dem Verhältnis zwischen Stalin und der KPD in den Jahren der Weimarer Republik beschäftigt, wird in diesem Zusammenhang hauptsächlich zwei Komplexe zu behandeln haben. Es stellt sich erstens die Frage, welche Rolle Stalin den deutschen Kommunisten in seiner Politik zuwies: War die KPD für ihn ein Hebel, um die kapitalistische Welt aus den Angeln zu heben oder bloß ein Instrument im Dienste der sowjetischen Außenpolitik? Der Blick auf das Verhältnis zwischen Stalin und der KPD kann somit zum einen Auskunft geben, wie sich Ideologie und Realpolitik im Denken des Generalsekretärs überlagerten. Zum anderen stellt sich vor dem Hintergrund des Scheiterns der ersten deutschen Demokratie aber auch die Frage, welche Verantwortung Stalin für den Zusammenbruch der Weimarer Republik trägt. Nahm er einen Sieg der NSDAP bewußt in Kauf oder arbeitete er am Ende gar darauf hin, um die außenpolitische Situation der Sowjetunion durch einen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland zu verbessern? Um diesen Fragen nachzugehen, reicht es nicht, nur auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu blicken. Es muß vielmehr auch untersucht werden, wie Stalin in den Jahren bis 1933 die Stellung der Sowjetunion im internationalen Kontext wahrnahm und welche Bedeutung er in diesem Zusammenhang der Komintern beimaß.

Während über die *Ziele* der stalinischen Politik in den vergangenen Jahrzehnten intensiv und ausführlich diskutiert wurde, ist die Frage nach der *Umsetzung* dieser Politik und nach den „Mechanismen der Macht“¹ erst in den letzten Jahren in das Zentrum des Interesses gerückt. Deshalb darf sich die Arbeit des Historikers heute, nach der zumindest teilweisen Öffnung der russischen Archive, nicht nur darauf beschränken, die bekannten „Erklärungen im Sinne der alten Politikgeschichte“ lediglich „mit neuem Faktenmaterial“ zu unterfüttern, wie vor einiger Zeit provokativ formuliert wurde.² Vielmehr sollte diese Chance auch dazu genutzt werden, mit neuen Fragestellungen an das neu zugängliche Material heranzutreten. Angeregt durch entsprechende Untersuchungen der NS-Forschung, hat die Stalinismus-Forschung inzwischen zu Recht versucht, das schlichte Modell eines rein auf Befehl und Gehorsam basierenden politischen Systems zu modifizieren und nach inneren Strukturen, nach personalen Netzen und den Motiven der politischen Akteure zu fragen.³

Auch wenn entscheidende Aktenbestände der Moskauer Archive noch immer (oder mittlerweile wieder) gesperrt sind – und darunter befinden sich ausgerechnet die Bestände, die über die Verbindung Stalins zur Komintern Auskunft geben – lassen sich aufgrund

¹ Vgl. Oleg Chlevnjuk, *Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre*, Hamburg 1998.

² Berthold Unfried, *Vom Nutzen und Nachteil der Archive für die Historie. Stalinismusforschung und Komintern-Historiographie nach Öffnung der russischen Archive*, in: *Zeitgeschichte* 22 (1995), S. 265–284, hier: S. 270.

³ Vgl. etwa: Ian Kershaw/Moshe Lewin (Hrsg.), *Stalinism and Nazism. Dictatorships in comparison*, Cambridge 1997.

des heute zugänglichen Materials bereits neue Aussagen treffen über das interne Verhältnis zwischen Stalin, der Komintern und der KPD. So kann heute weit genauer bestimmt werden, wie stark die Abhängigkeit der KPD von Stalin tatsächlich gewesen ist, als dieser seine persönliche Macht gegenüber den Kontrahenten noch nicht vollständig abgesichert hatte. Hatten sich die deutschen Kommunisten tatsächlich vollständig Moskau unterworfen oder gab es zwischen den Parteizentralen in Berlin und Moskau Konflikte um die Ausgestaltung der Parteilinie? Welche persönlichen Beziehungsgeflechte bestanden zwischen Stalin und der deutschen Parteiführung und wie wirkte sich dies auf die Hierarchie innerhalb der Komintern aus? Indem wir auf diese Details des Politikmanagements blicken, erhalten wir nicht nur Einsicht in die bislang weitgehend verschlossene Welt der Parteikader, sondern kommen auch der Antwort auf die Frage näher, inwieweit die Radikalität der KPD in der Endphase der Weimarer Republik „hausgemacht“ war oder durch die Komintern importiert wurde.

I

Seitdem die Bolschewiki die Provisorische Regierung in Petrograd am 25. Oktober 1917 durch einen Staatsstreich abgesetzt hatten, wähten sie sich in einer Welt von Feinden – von inneren und äußeren. Zu den Schreckbildern, von denen sich die neuen Machthaber in den folgenden Jahrzehnten verfolgt fühlten, gehörte insbesondere die Furcht, von einer antibolschewistischen Allianz ausländischer Staaten umzingelt und sodann angegriffen zu werden. So weckte der sich im Herbst 1918 abzeichnende Sturz der Hohenzollern-dynastie bei Lenin nicht nur Hoffnungen, sondern löste auch Ängste aus: Einerseits schien eine Ausbreitung der Revolution nach Westeuropa nur ein Jahr nach der „Oktoberrevolution“ nun plötzlich real zu werden. Andererseits aber stand zu befürchten, daß sich ein militärisch geschlagenes und noch nicht „revolutioniertes“ Deutschland auf die Seite der Westalliierten stellen würde, um gemeinsam mit diesen gegen die neue Sowjetmacht zu kämpfen. Die Tatsache, daß die erste parlamentarische (und zugleich letzte) Regierung des Kaiserreiches nach der Abdankung Wilhelms II. prompt die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abbrach und den erst wenige Monate zuvor geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk annullierte, schien diese Befürchtung zu bestätigen.⁴

In der Nachkriegszeit bestanden aus Sicht der Bolschewiki zwei Möglichkeiten, um dieser Bedrohung durch einen sich bildenden „Belagerungsring“ entgegenzuwirken: Entweder mußte die „Revolutionierung“ Mitteleuropas erreicht werden, oder die Gegensätze innerhalb des „imperialistischen Lagers“ mußten soweit verschärft werden, daß sich die europäischen Mächte nicht zu einer antibolschewistischen Front zusammenschließen konnten. Deutschland nahm in beiden Konzeptionen einen zentralen Platz ein: Zum einen schien das Land aus der Sicht der marxistisch geschulten Bolschewiki historisch „reif“ zu sein für eine baldige proletarische Revolution. Zum anderen war Deutschland durch den Versailler Friedensvertrag aus bolschewistischer Sicht in den Rang einer Halbkolonie des „Entente-Kapitals“ herabgedrückt worden. Deutschland und Sowjetrußland, so war man in Moskau überzeugt, hatten nun gemeinsame staatliche Interessen – und ganz konkret

⁴ Vgl. Lenins Reden über die internationale Lage vom 22. 10. 1918 und 8. 11. 1918, in: Lenin, Werke, Band 28: Juli 1918–März 1919, Berlin 1972, S. 104–118, 145–159.

einen gemeinsamen Feind, nämlich Polen, die Hauptstütze des französischen *Cordon Sanitaire* – jener „konterrevolutionären Scheidewand“ Europas, wie Stalin vielsagend formulierte.⁵

Für die Politik der Bolschewiki in der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ist die Tatsache charakteristisch, daß sie die beiden oben genannten Auswege aus der internationalen Isolation abwechselnd und zuweilen sogar gleichzeitig beschritt⁶: Während beispielsweise die KPD, von Moskau ermuntert, im Frühjahr 1921 mit der „Märzaktion“ die Revolution probte, verhandelten sowjetische Diplomaten mit der deutschen Regierung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.⁷ Und ein gutes Jahr, nachdem im April 1922 schließlich der umstrittene Rapallo-Vertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland unterzeichnet worden war, der später als „Koalition der Verlierer“ des Ersten Weltkrieges gegen dessen Gewinner bezeichnet wurde, drängte die bolschewistische Führung die KPD-Spitze, einen „Deutschen Oktober“ zu organisieren.⁸ Auf diese Weise, so hoffte man im Politbüro, würden sich sämtliche Schwierigkeiten überwinden lassen, die sich den Bolschewiki seit ihrem Staatsstreich in den Weg gestellt hatten. Gemeinsam würden die beiden Länder militärisch und wirtschaftlich stark genug sein, um sich „vor jeglichen Angriffen des Weltimperialismus“ zu schützen, prophezeite Grigorij Zinow´ev, Kominternvorsitzender und Mitglied des Politbüros der KPdSU, im September 1923.⁹

Ob Stalin in den Jahren vor 1923 ebenso in revolutionseuphorische Zustände verfiel, wie dies bei Lenin¹⁰ oder Zinow´ev periodisch der Fall war, ist jedoch zweifelhaft. Seit langem ist bekannt, daß Stalin die Aussichten ausländischer kommunistischer Parteien, eine erfolgreiche Revolution durchzuführen, häufig sehr skeptisch beurteilte. So mahnte der Generalsekretär wenige Monate vor dem geplanten „Deutschen Oktober“ in einem Brief an Zinow´ev und Bucharin, der KPD fehle der notwendige Rückhalt in der Bevölkerung: „Wenn in Deutschland die Macht heutzutage stürzt und die Kommunisten sie aufheben, dann werden sie mit Pauken und Trompeten scheitern. [...] Meiner Meinung nach muß man die Deutschen zurückhalten und nicht ermuntern.“¹¹ Nachdem der Aufstandsver-

⁵ „Die Scheidewand“, in: Stalin, Werke, Band 4: November 1917–1920, Berlin 1951, S. 147 f.

⁶ Vgl. Viktor A. Zubačevskij, *Politika sovetskoj Rossii v central´noj Evrope v načale 1920-ch godov (po novym dokumentam)*, in: *Otečestvennaja Istorija* 13 (2003), S. 86–101.

⁷ Zu den Verhandlungen der Jahre 1920–1922, die in der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages gipfelten und den sowjetischen Motiven vgl. vor allem: Sergej Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939. Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen*, in: Hans Adolf Jacobsen u.a. (Hrsg.), *Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941–1995*, Baden-Baden 1995, S. 28–90, hier: S. 35–44. Zur „Märzaktion“ der KPD vgl. Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt a. M. u.a. 1986.

⁸ Zum „deutschen Oktober“ vgl. Leonid Babičenko, *Politbjuro CK RKP(b), Komintern i sobytija v Germanii v 1923 g. Noveye archivnye materialy*, in: *Novaja i Novejšaja Istorija* 1994, H. 2, S. 125–157.

⁹ Grigorij Zinow´ev, *Die zukünftige Revolution in Deutschland und die Aufgaben der RKP* [Bericht vor dem Plenum des ZK der KPdSU vom 23. 9. 1923], zitiert nach: Slutsch, *Deutschland und die UdSSR 1918–1939*, S. 45.

¹⁰ Vgl. sein während des Zweiten Kongresses der Komintern abgeschicktes Telegramm an Stalin vom 23. 7. 1920, abgedruckt in: Jakov S. Drabkin u.a. (Hrsg.), *Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty*, Moskau 1998, Dok. Nr. 39, S. 186.

¹¹ Brief Stalins an Zinow´ev und Bucharin vom 7. 8. 1923, zitiert nach: Lew Besymenski, *Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren*, Berlin 2002, S. 42 (Der Brief wurde erstmals zitiert in: August Thalheimer, *Eine verpasste Revolution*, Berlin 1931, S. 31).

such kläglich gescheitert war, sah sich Stalin in dieser Ansicht bestätigt: „Die Kommunisten hatten keine Mehrheit unter den Arbeitern“, bewertete er im November 1923 rückblickend die Chancen der KPD. Die deutsche Bourgeoisie sei zudem „quicklebendig und hat genügend Kräfte zur Verfügung, um die Kommunisten aufs Haupt zu schlagen“.¹²

Das Scheitern dieses letzten Revolutionsversuches in Europa vor dem Zweiten Weltkrieg veranlaßte Stalin, sich gemeinsam mit Nikolaj Bucharin zunächst für einen isolierten „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ – also in der Sowjetunion selbst – einzusetzen. Während Lenin, Trotzki oder Zinov'ev davon überzeugt waren, das Überleben Sowjetrußlands hinge davon ab, ob es gelänge, die Nachbarstaaten ebenfalls zu revolutionieren¹³, richtete sich Stalin auf eine längere „Phase der Ebbe der Revolution“ ein, in welcher die Bolschewiki auf sich gestellt bleiben würden.¹⁴ Auf dem XIV. Parteitag im Dezember 1925 charakterisierte er die aktuelle internationale Lage als eine auf einem Gleichgewicht der Kräfte basierende „Atempause“ im Kampf zwischen den feindlichen Lagern, als eine „gewisse Periode des ‚friedlichen Zusammenlebens‘ der Welt der Bourgeoisie und der Welt des Proletariates“.¹⁵

Über die Dauerhaftigkeit dieses Friedenszustandes machte sich Stalin jedoch keinerlei Illusionen. Stalins Briefe an Vertraute und Untergebene lassen den Schluß zu, daß er fest daran glaubte, daß die Sowjetunion früher oder später von den imperialistischen Mächten angegriffen werden würde und er also die Horrorszenerien der sowjetischen Propaganda und des Geheimdienstapparats offenbar durchaus ernst nahm.¹⁶ Nach Einschätzung Stalins konnte die Sowjetunion bis auf weiteres im Angriffsfall keinerlei militärischen Beistand von außerhalb erwarten. Den Anforderungen dieser internationalen Konstellation, so die Überzeugung des Diktators, hatte sich die Komintern inhaltlich und strukturell anzupassen: Stelle sie zuvor gewissermaßen eine Exportagentur für den revolutionären Bolschewismus dar, sollte ihre Aufgabe nunmehr vorrangig darin bestehen, die Sowjetunion zu beschützen. Die Losung von der Sowjetunion als dem „Vaterland aller Werktätigen“ hatte für ihn somit einen ganz praktischen Sinn: Wenn die ausländischen Arbeiter „unsere Republik als ihr Kind betrachten“, so zeigte sich Stalin überzeugt, „dann wird ein Krieg gegen unser Land unmög-

¹² Brief Stalins an Pjatakow vom 8. 11. 1923, RGASPI 558/11/785: 23–26, hier: 24.

¹³ Schon am 7. 3. 1918 meinte Lenin in seiner „Rede über Krieg und Frieden“, „wir werden auf jeden Fall [...] zugrunde gehen, wenn die deutsche Revolution nicht eintritt.“ Lenin, Werke, Band 27, S. 73–96, hier: S. 81. Zu den Konflikten mit Trotzki und Zinov'ev über die These des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ vgl. Kevin McDermott u.a., *The Comintern. A history of international communism from Lenin to Stalin*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire 1996, S. 50–55. Zur „deutsche[n] Revolution als Problem der bolschewistischen Revolutionsstrategie“ vgl. Dietrich Ceyer, *Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung. 1918–1932*, in: VfZ 24 (1976), S. 2–37, hier vor allem: S. 4–13.

¹⁴ Vgl. seine Bemerkungen zur internationalen Lage in seinem Referat vor dem Parteitag der Moskauer Organisation der KPR(b) am 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7, Berlin 1952, S. 77–114, hier: 79.

¹⁵ Vgl. seinen „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 18. 12. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7, S. 227–305, hier: S. 227 f.

¹⁶ Seine Erwartung einer erneuten alliierten Intervention geht deutlich aus einem Brief Stalins an den Geheimdienstchef Menzinskij vom Oktober 1930 hervor, abgedruckt in: Larissa Košelova (Hrsg.), *Pis'ma I. V. Stalina V. M. Molotovu. 1925–1936 gg.*, Moskau 1995, S. 187 f., hier: S. 187. Die These, Stalin habe an die angebliche Kriegsgefahr „selbst nicht geglaubt“, sondern vielmehr aus innenpolitischen Gründen genutzt, findet sich u.a. bei: Thomas Weingartner, *Die Kommunistische Internationale als Vermittlungsebene sowjetischer Innen- und Außenpolitik*, in: Hannelore Horn (Hrsg.), *Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal zum 70. Geburtstag*, Berlin 1978, S. 219–246, hier: S. 234.

lich“.¹⁷ Dieses Primat der nationalen Politik versuchte Stalin ideologisch zu kaschieren, indem er die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion kurzerhand mit den Zielen der internationalen Arbeiterbewegung gleichsetzte. Nach Stalins Auffassung durfte sich nur derjenige als „Internationalist“ bezeichnen, der „vorbehaltslos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist“.¹⁸ Nach dieser neuen Doktrin besaßen die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion nun eindeutigen Vorrang vor dem Revolutionsexport. So forderte Kominternsekretär Dmitrij Manuil'skij im Jahre 1931 die deutschen Genossen unverblümt dazu auf, ihre Revolutionsphantasien zurückzustellen: Eine Revolution in Mitteleuropa, warnte er, werde zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwangsläufig einen „großen internationalen Kampf nach sich ziehen“, und somit die Existenz der UdSSR gefährden.¹⁹

An diesem Prioritätenwechsel wurde festgehalten, auch wenn Stalin in scheinbarem Widerspruch dazu auf dem XV. Parteitag 1927 prophezeit hatte, Europa stehe ein „neuer revolutionärer Aufschwung“ ins Haus.²⁰ Denn der Kominternspitze gab Stalin nur wenige Monate später die Anweisung, daß sich die revolutionäre Arbeit der nationalen Sektionen immer direkt auf die Sowjetunion zu beziehen habe. Im Programm der Komintern solle nicht mehr allgemein vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gesprochen werden, sondern vom „Übergang angesichts der Diktatur des Proletariates in einem dieser Länder, d.h. in unserem Land“.²¹

Dieser Wechsel in der außenpolitischen Doktrin spiegelte sich auch in der Finanzpolitik der Komintern wider: Die ehemals üppig fließenden Mittel für die Militärapparate der kommunistischen Parteien waren bereits in den Jahren zuvor radikal gekürzt worden. Bereits im Februar 1925 hatte sich Ernst Thälmann in einem fünfseitigen „Memorandum“ bei der Komintern über die Halbierung des Militärbudgets der KPD beschwert und moniert, nach fehlgeschlagenen Aufständen dürfe nicht immer gleich „die ganze M-Arbeit zerschlagen“ werden. Nun erhielten die deutschen Kommunisten aus Moskau monatlich nur noch 7 625 \$. Die Militärkommission der KPD hatte daraufhin bedauernd festgestellt, daß die Partei nun von „der konsequenten Vorbereitung des Bürgerkrieges“ abrücken müsse.²² Wenngleich in einer Spezialschule der Komintern weiterhin ausgewählte Kader in der Kunst des Guerillakampfes unterrichtet wurden (wobei darauf Wert gelegt wurde, „den Genossen ganz einfache und konkrete Dinge“ zu vermitteln, „die sie unter jeden Bedingungen anwenden könnten und deren Zutaten sie in Mutters Küche finden müssten“²³), so handelte es sich dabei überwiegend um Trockenübungen: Nach

¹⁷ Vgl. seinen „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 18. 12. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7, S. 227–305, hier: S. 248.

¹⁸ „Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR“. Rede auf dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (b) am 1. 8. 1927, in: Stalin, Werke, Band 10, Berlin 1952, S. 3–52, hier: S. 45.

¹⁹ Schlußwort Manuil'skij's auf dem XI. EKKI-Plenum am 6. 4. 1931, RGASPI 495/169/87: 13.

²⁰ Vgl. seinen „Politischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees“ vom 3. 12. 1927, in: Stalin, Werke, Band 10, S. 235–252, hier: S. 248.

²¹ Brief Stalins an Bucharin, Rykov und Molotov vom 24. 3. 1928, RGASPI 558/11/136: 8–18.

²² Memorandum Thälmanns vom 21. 2. 1925 und Beschluß der Militärkommission der KPD vom 3. 2. 1925, RGASPI 526/1/86: 5–10.

²³ So der deutsche Lehrer Josef Gutsche über seine Arbeit an der Spezialschule laut einem Bericht von Erna Hiller vom 13. 9. 1931 über ein Gespräch im Komintern-Wohnheim Hotel Lux, RGASPI 495/19/703: 16–21.

1925 wurden von Moskau aus nie wieder konkrete Aufstandsvorbereitungen in Europa betrieben.²⁴

Doch die Tatsache, daß für Stalin die Konsolidierung der Sowjetunion wichtiger war als die gefährlichen „revolutionären Abenteuer“ ausländischer Kommunisten, bedeutet nicht, daß er die Hoffnung auf die Weltrevolution gänzlich aufgegeben hatte.²⁵ Auch wenn er sich zunächst als Realpolitiker erwies, der die außenpolitische Konsolidierung der Sowjetunion allen anderen Aufgaben voranstellte, so blieb er langfristig doch seinen ideologischen Prämissen treu. Weiterhin hatte er keinen Zweifel daran, daß nach einer Zeit der revolutionären Ebbe auch wieder eine revolutionäre Welle heranbranden werde.²⁶ Solche Äußerungen dienten keineswegs als bloße „Durchhaltepropaganda für sowjetische innenpolitische Zwecke“²⁷, sondern entsprachen durchaus Stalins Überzeugung: Obwohl er sich beispielsweise im Sommer 1923 zunächst äußerst skeptisch gegenüber den Revolutionaussichten in Deutschland gezeigt hatte, hatte er doch wenig später in einem offenen Brief, den die *Rote Fahne* am 10. Oktober veröffentlichte, „die kommende Revolution in Deutschland“ als das „wichtigste Weltereignis unserer Tage“ gerühmt.

Dies war keineswegs nur eine Sonntagsrede: Der meist überaus vorsichtig taktierende Generalsekretär, der sich sonst nie exponierte, wenn er seiner Sache nicht völlig sicher war, ließ sich auch in späteren Jahren plötzlich für Revolutionen begeistern, wenn sie ihm durchführbar erschienen. Dies war 1926/27 in China der Fall – einem Land, das aus bolschewistischer Sicht ebenso durch imperialistische Mächte unterdrückt wurde wie Deutschland und daher wie dieses als „schwaches Glied“ in der Kette kapitalistischer Staaten galt. Stalin drängte die chinesischen Kommunisten zunächst zu einem Bündnis mit der nationalistischen Kuomintang, um China nach einer ersten Revolution unter einer antiimperialistischen Regierung zu vereinigen. Nachdem die revolutionäre Zusammenarbeit mit der Kuomintang gescheitert war (nach Stalins Meinung, weil es die Kommunisten u.a. nicht geschafft hatten, die Armee zu unterwandern), begrub Stalin die revolutionären Pläne jedoch nicht, sondern veranlaßte die chinesische KP im Gegenteil, sich zu erheben.²⁸

Das oft widersprüchliche Nebeneinander von Ideologie und Realpolitik in Stalins außenpolitischem Denken läßt sich besonders deutlich an seinem gespannten Verhältnis zu den Berufsdiplomaten des sowjetischen Volkskommissariates des Äußeren (NKID) ablesen. So erhielt das NKID im Jahr 1928 für seine Rapallo-Politik zwar interne Rücken- deckung durch den Generalsekretär, der gegenüber der Kominternspitze ebenfalls auf eine Unterscheidung zwischen „imperialistischen und anti-imperialistischen Bourgeoisien“ drängte. Mit Staaten, die unter die letztere Kategorie fielen – nach seinem Verständnis gehörte Deutschland dazu – sei eine Verständigung „unter gewissen Bedingungen und auf

²⁴ Vgl. dazu: Viktor Gilensen, Die Komintern und die „paramilitärischen Formationen“ der Kommunistischen Partei Deutschlands (1926-1932), in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001), H. 1, S. 9-50; und: Bernd Kaufmann u.a., Der Nachrichtendienst der KPD. 1919-1937, Berlin 1993, S. 94-262.

²⁵ Diese Position wurde vor allem vertreten von: Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Reinbek 1992 (erste englische Ausgabe: New York 1949), S. 495-529.

²⁶ Vgl. Stalins Referat vor dem Parteiaktiv der Moskauer Organisation der KPR(b) vom 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7: 1925, Berlin 1952, S. 77-114, hier: S. 78 f.

²⁷ Weingartner, Kommunistische Internationale, S. 236.

²⁸ Vgl. die Briefe Stalins an Molotov über China, abgedruckt in: Košelova, Pis'ma Stalina, S. 99-117.

eine gewisse Zeit“ durchaus zulässig und wünschenswert.²⁹ Doch im NKID selbst nahm man Stalins außenpolitischen Kurs allerdings häufig ganz anders wahr. So sorgten parteiinterne Äußerungen des Generalsekretärs, die an die Öffentlichkeit gelangten, mehrfach für Irritation bei den sowjetischen Diplomaten. In einer Rede vor Moskauer Parteikadern hatte Stalin seine Sicht der internationalen Beziehungen auf die Grundfrage zugespitzt: „Wer [unterwirft] wen?“ Falls die Sowjetunion überfallen werde, so Stalins unverhohlene Drohung an die „führenden Männer der kapitalistischen Länder“, würden die Bolschewiki „in allen Ländern der Welt den revolutionären Löwen wecken“.³⁰

Auf Seiten des NKID mußte man diese Äußerungen zu Recht als Torpedierung der eigenen Arbeit empfinden. Um den außenpolitischen Kurs nicht zu gefährden, sah der sowjetische Außenkommissar, Georgij Čičerin, sich dazu gezwungen, direkt bei Stalin zu intervenieren. Er beschwor ihn, mit seinen Äußerungen vorsichtiger zu sein, „da jedes Ihrer Worte als Regierungsmanifest bewertet“ werde. Čičerin bezeichnete es als sehr ungenehm, „aus Ihrem Munde Formulierungen über andere Staaten zu hören, wie ‚entweder unterwerfen wir sie, oder sie unterwerfen uns.‘“³¹

Sehr zum Leidwesen des NKID zerschlug Stalin trotz seines Bekenntnisses zur Rapallo-Politik auch weiterhin sehr viel diplomatisches Porzellan, wenn es ihn drängte, vermeintliche Klassenfeinde im In- und Ausland zu bekämpfen. Keine Rücksicht nahm er beispielsweise auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen, als auf seine Anregung hin im März 1928 die „Šachty-Affäre“ inszeniert wurde.³² Zu den bürgerlichen Facharbeitern, die in diesem Schauprozess der „antisowjetischen Sabotage“ angeklagt waren, zählten auch fünf deutsche Vertragsarbeiter.³³ Angesichts des beträchtlichen Wirbels, den der Prozess in der deutschen Öffentlichkeit verursachte, drang der damalige sowjetische Botschafter in Berlin, Nikolaj Krestinskij, Stalin gegenüber darauf, zumindest einen der Angeklagten aus Deutschland, dessen Unschuld offenkundig war, sofort freizulassen.³⁴ Doch ungeachtet der zu erwartenden diplomatischen Komplikationen wies Stalin die Bitte des Botschafters brüsk zurück: Krestinskij solle aufhören, mit den Deutschen weiterhin „Süßholz zu raspeln“, da diese doch nur einen Vorwand suchten, um der Sowjetunion die Schuld für einen Abbruch der gerade laufenden Wirtschaftsverhandlungen zuzuweisen.³⁵

Vor diesem Hintergrund reagierten die sowjetischen Diplomaten zunehmend gereizt auf die als Störmanöver empfundenen Aktivitäten der Komintern. Im Mittelpunkt der Kritik stand die KPD als größte Sektion innerhalb der Komintern, deren radikale Propaganda dem NKID stets ein Dorn im Auge war. Als Čičerin und Krestinskij die KPD-Führung deshalb in einem internen Gespräch im Sommer 1927 scharf kritisierten, fühlte sich Thälmann derart auf den Schlipps getreten, daß er unverzüglich bei Stalin Meldung machte. In

²⁹ Brief Stalins an Bucharin, Rykov und Molotov vom 24. 3. 1928, RGASPI 558/11/136: 8–18.

³⁰ Vgl. Stalins Referat vor dem Parteiaktiv der Moskauer Organisation der KPR(b) vom 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Band 7, S. 77–114, hier: S. 81, 86.

³¹ Brief Čičerins an Stalin vom 2. 11. 1926, RGASPI 558/11/824: 51.

³² Vgl. Protokoll des Politbüros der KPD(SU) Nr. 14 vom 8. 3. 1929, Beschlüsse vom 3. 3. 1928, Pkt. 18. In der Tagesordnung ist dieser Punkt mit den Worten „Vorschlag von Molotov und Stalin“ aufgeführt, RGASPI 17/162/6: 37.

³³ Der deutsche Journalist Theodor Seibert berichtete als Augenzeuge über den Prozeß in seinem Buch: Das rote Rußland. Staat, Geist und Alltag der Bolschewiki, München 1931, S. 201–215.

³⁴ Brief Krestinskis an Stalin und Čičerin vom 17. 3. 1928, RGASPI 558/11/824: 54–61.

³⁵ Brief Stalins an Krestinskij vom 21. 3. 1928, RGASPI 558/11/824: 62–64.

einem in Thälmanns Auftrag verfaßten Schreiben an den Generalsekretär zeigte sich die deutsche Parteispitze „direkt erschüttert“ vom Auftritt der sowjetischen Diplomaten – insbesondere über die „fast frivole Art“ mit der die „Notwendigkeit der Trennung der Komintern von der Sowjetunion“ propagiert worden sei. Stalin wurde dazu gedrängt, die beiden Diplomaten „nachdrücklichst auf ihre Pflichten als Mitglieder des ZK der KPdSU und der Komintern aufmerksam zu machen“.³⁶

Die Abneigung zwischen Komintern und sowjetischer Diplomatie beruhte auf Gegenseitigkeit. Die altgedienten Diplomaten schauten auf die „Analphabeten von der KPD“ mit unverhohlener Arroganz herab.³⁷ Die Mittel im Kampf gegeneinander waren indes dieselben: Auch die hohen Diplomaten waren sich nicht zu schade, beim Diktator höchstselbst zu intervenieren, wenn es darum ging, die Widersacher zu denunzieren. So stellte Čičerin in einem Brief an Stalin die rhetorische Frage, ob es sich denn lohne, die Beziehungen mit Deutschland dauerhaft zu belasten, nur „um dem Gen. Thälmann etwas mehr Agitationsmaterial zu liefern“. Im Gegensatz zu Thälmanns unterwürfigem Verhalten besaß Čičerin allerdings den Schneid, Stalins Unterstützung für diesen direkt zu kritisieren: „Auf eine Null zu setzen‘ – das ist unfäßbar!“³⁸

In der Forschung nahm man lange an, daß die Komintern Ende der Zwanziger Jahre nur noch als außenpolitisches Instrument der sowjetischen Führung diene. Der Blick in die neu zugänglichen Archive zeigt hingegen, daß die Mitarbeiter des NKID dies ganz anders wahrnahmen: Sie fürchteten vielmehr, Stalin könnte die sowjetische Außenpolitik den Interessen der Komintern unterordnen. Damit lagen die Diplomaten nicht völlig falsch: Zuweilen war Stalin offensichtlich entweder nicht willens oder nicht in der Lage, eine einheitliche außenpolitische Linie vorzugeben. Seine ideologischen Prämissen waren mit den Herausforderungen diplomatischer Realpolitik nicht in Einklang zu bringen. Deshalb mußte auch seine taktisch motivierte Unterstützung der Rapallo-Politik letztlich inkonsequent bleiben. So war beispielsweise im Herbst 1928 der offizielle Besuch eines sowjetischen Flottenverbandes in Deutschland, mit dem die angeschlagenen bilateralen Beziehungen verbessert werden sollten, mit Rücksicht auf die Kampagne der KPD gegen den geplanten Bau des „Panzerkreuzers A“ verschoben worden.³⁹ Eine solche Gelegenheit, der neuen SPD-Regierung Militarismus vorzuwerfen, wollte sich die Komintern nicht entgehen lassen.

Ähnliches ist auch im Verhältnis zu anderen Ländern zu beobachten: Als das NKID im Sommer 1929 mit der neuen britischen Labour-Regierung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen verhandelte, verlangte Stalin, die Verhandlungen zu nutzen, um die Labour-Regierung zu „entlarven“. Dies werde helfen, die westeuropäischen Arbeiter „im Geiste des Antireformismus zu erziehen“. Hier zeigt sich, welch starkes Mißtrauen Stalin den Mitarbeitern des NKID entgegenbrachte. Wie gegen alle Fachleute hegte der

³⁶ Brief Dengels an Stalin vom 25. 6. 1927, RGASPI 558/11/776: 22.

³⁷ „Diktatura jazykočešučich nad rabotajuščimi.“ Poslednjaja služebnaja zapiska G. V. Čičerina, in: Istočnik. Dokumenty russkoj istorii. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii 3 (1995), H. 6, S. 99–116, hier: S. 106, 108.

³⁸ Brief Čičerins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: A. V. Kvašonkin (Hrsg.), Sovetskoe rukovodstvo. Perepiska, 1928–1941, Moskau 1999, Dok. Nr. 41, S. 75–79, hier: 77 f.

³⁹ Der Flottenbesuch fand erst im Spätsommer 1929 statt. Vgl. Sergej A. Gorlov, Soveršenno sekretno. Moskva – Berlin. 1920–1933. Voenno-političeskie otnošenija meždu SSSR i Germanija, Moskau 2001, S. 257 f.

Diktator auch gegen die sowjetischen Diplomaten den pauschalen Verdacht, sie seien aufgrund ihres beschränkten politischen Horizonts besonders anfällig dafür, das Endziel bolschewistischer Politik aus den Augen zu verlieren und der sogenannten Rechtsabweichung zu verfallen: Er warf ihnen insbesondere vor, die revolutionäre Seite der Außenpolitik zu ignorieren. Das Politbüro hingegen – spricht: er selbst – müsse „all das berücksichtigen“.⁴⁰

Welche Aufgabe wies Stalin nun aber der Komintern zu, die offenbar für ihn so wichtig war, daß zu ihren Gunsten immer wieder die eigentliche außenpolitische Vertretung der UdSSR desavouiert wurde? Wichtiger als die klassische Außenpolitik war ihm offenbar die Beeinflussung der ausländischen – insbesondere der deutschen – Arbeiterbewegungen, um diese von der sozialdemokratischen Versuchung fernzuhalten. Bislang wurde die Feindschaft der KPD gegenüber den „Sozialfaschisten“ – insbesondere während der sogenannten ultralinken Periode der Komintern zwischen 1928 und 1934 – vorrangig auf die außenpolitischen Vorstellungen Stalins zurückgeführt: Sein Haß auf die SPD habe sich vorrangig aus der Furcht gespeist, diese würde die privilegierten deutsch-sowjetischen Beziehungen zugunsten eines Bündnisses mit den Westmächten aufgeben.⁴¹

Tatsächlich machten beispielsweise die sowjetischen Diplomaten schon 1922 keinen Hehl daraus, daß ihnen die bestehende Regierung unter dem Zentrumspolitiker Joseph Wirth lieber war, als eine reine „Arbeiterregierung“ aus SPD und KPD unter Einschluß der „Scheidemänner“⁴²: Während Wirth mit der Sowjetunion den Rapallo-Vertrag abgeschlossen hatte, sahen viele Sozialdemokraten dieses Abkommen mit Argwohn und Zweifeln. Von den Bolschewiki wurden sie daher seitdem als Büttel der imperialistischen Siegermächte des Ersten Weltkrieges gesehen. Indem die sozialdemokratische Presse beispielsweise die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee publik machte und kaum eine Gelegenheit ausließ, um die Zustände in der Sowjetunion zu kritisieren, verstärkte sie in der sowjetischen Führung den Eindruck, die SPD stehe den Bolschewiki nicht nur skeptisch, sondern feindlich gegenüber. Nachdem die SPD 1928 nach langen Jahren in der Opposition wieder den Reichskanzler stellte, sanken die deutsch-sowjetischen Beziehungen dann auch tatsächlich prompt auf einen bis dahin unerreichten Tiefpunkt ab.⁴³

Doch auch wenn die offene Westorientierung der SPD die Bolschewiki unruhig schlafen ließ: Stalins Haß auf die Sozialdemokratie läßt sich damit nur unzureichend erklären. Zum einen beurteilten die sowjetischen Diplomaten die SPD-Regierung sachlicher als Stalin. So bemühte sich Krestinskij Ende 1928 intensiv, Stalin davon zu überzeugen, daß selbst die Weiterführung der geheimen militärischen Zusammenarbeit mit einer sozialdemokratischen Regierung möglich und sinnvoll sei.⁴⁴ Čičerin bezeichnete in einem Brief an Stalin die Sozialfaschismus-Theorie im Juni 1929 sogar unumwunden als „unsinnigen

⁴⁰ Brief Stalins an Molotov vom 29. 8. 1929, abgedruckt in: Košelova, *Pis'ma Stalina*, S. 154–158.

⁴¹ Vgl. Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934*, Berlin 1970.

⁴² Vgl. Zubačevskij, *Politika sovetskoi Rossii*, S. 91.

⁴³ Vgl. Jürgen Zarusky, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933*, München 1992, S. 240–261.

⁴⁴ Vgl. Brief des Botschafters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an Stalin vom 28. 12. 1928 und den Brief Krestinskij an Kliment E. Vorosilov vom 21. 7. 1929, abgedruckt in: Sergej A. Gorlov, *Geheimsache Moskau – Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. 1920–1933*, in: *VfZ* 44 (1996), S. 133–165, hier: S. 154–165.

Stuß“, der sowohl der Komintern als auch vor allem der Sowjetunion selbst schade.⁴⁵ Zum anderen läßt sich der ‚antisozialdemokratische Beißreflex‘ bei Stalin auch dann noch feststellen, als die SPD bald nach der Machtübertragung an Hitler definitiv als politischer Faktor ausgeschaltet wurde.⁴⁶ Und wie schließlich Stalins Bemerkung über die Labourregierung belegt, beschränkte sich Stalins Abneigung gegen „Reformisten“ zudem nicht auf die deutsche Sozialdemokratie, sondern umfaßte auch die britischen Labourpolitiker, die sich um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion bemühten.

Obwohl die außenpolitischen Aspekte durchaus wichtig waren, deuten die genannten Einwände somit darauf hin, daß Stalins Haß auf die Sozialdemokratie weitere Ursachen haben muß. Ein deutlicher Hinweis darauf findet sich schon in seinem Brief an Pjatakow vom November 1923, in dem er das Scheitern des „deutschen Oktober“ analysierte. In diesem internen Schreiben äußerte er die Überzeugung, „daß die Sozialdemokraten die Hauptfeinde der Revolution sind, vor allem ihr linker Flügel, d.h. ihr am weitesten linker Flügel, der noch nicht das Vertrauen der Arbeiter verloren hat, der Zweifel, Schwanken, Unsicherheit in die Reihen der Proletarier hineinträgt und auf diese Weise die Möglichkeit eines umfassenden Kampfes durchkreuzt“.⁴⁷ Von hier führt ein direkter Weg über die Forderung von 1929, die westeuropäischen Arbeiter „im Geiste des Antireformismus zu erziehen“ und zur „Sozialfaschismus“-These.⁴⁸ Wenn Stalin die KPD dazu anspornte, die SPD immer schärfer anzugreifen, dann tat er dies also nicht nur, um die Westorientierung der deutschen Sozialdemokraten zu attackieren. Wie Stalins Briefe an seine Mitstreiter zeigen, verfolgte er vielmehr ernsthaft das strategische Ziel, die Sozialdemokratie zu „ersetzen“, um mittelfristig das entscheidende Hindernis für eine erfolgreiche Revolution im Westen zu beseitigen. Endgültig hinfällig ist damit die gewagte These, Stalin habe die KPD vor allem deshalb auf die SPD angesetzt, um die Kräfte der deutschen Kommunisten zu binden und sie somit davon abzuhalten, mit ihren revolutionären Plänen die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu gefährden.⁴⁹

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf Stalins Wahrnehmung der NSDAP in der Endphase der Weimarer Republik aufschlußreich. Mittlerweile hat sich in der Forschung die Auffassung durchgesetzt, daß die von Stalin forcierte Politik der KPD faktisch zum Untergang der Weimarer Republik und somit zum Sieg des Nationalsozialismus beitrug, indem sie sich seit 1928 verstärkt bemühte, eine Bürgerkriegsatmosphäre zu schaffen. Einzelne Historiker haben aber weitergehend vermutet, Stalin habe es möglicherweise sogar bewußt darauf angelegt, Hitler zur Macht zu verhelfen. Ein nationalsozialistisches Deutschland, so habe Stalin angeblich kalkuliert, werde sich auf die Revision der Versailler Nachkriegsordnung konzentrieren und somit seine Kräfte im Konflikt mit dem „Erzfeind“ Frankreich binden.⁵⁰

⁴⁵ Brief Čičerins an Stalin vom 20. 6. 1929, abgedruckt in: Kvašonkin, *Sovetskoe rukovodstvo*, Dok. Nr. 41, S. 75–79, hier: S. 78.

⁴⁶ Vgl. Friedrich Firsov, Stalin und die Komintern, in: Helmut Heinz (Hrsg.), *Die Komintern und Stalin*, Berlin 1991, S. 65–132, hier: S. 106–109.

⁴⁷ Brief Stalins an Pjatakow vom 8. 11. 1923, RGASPI 558/11/785: 23–26, hier: S. 24.

⁴⁸ Zur Entwicklung des Begriffes „Sozialfaschismus“ vgl. Siegfried Bahne, Sozialfaschismus in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffes, in: *International Review of Social History* 10 (1965), S. 211–245.

⁴⁹ Vgl. vor allem: Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 26 f., 79 f.

⁵⁰ Für diese Sichtweise vgl. Robert C. Tucker, Stalin in power. The revolution from above. 1928–1941, New York 1990, S. 223–237, hier vor allem S. 231. Vergleichbare Theorien sind in Form gefälschter Kominterndokumente bereits 1932 in Umlauf gesetzt worden. Vgl. u.a. „Moskau wünscht Hitlers Sieg“, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 2. 3. 1932. Pieck bezeichnete die dort zitierten gefälschten Kominternproto-